

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dietrich Austermann, Friedrich Merz, Steffen Kampeter, Ilse Aigner, Norbert Barthle, Jochen Borchert, Manfred Carstens (Emstek), Albrecht Feibel, Herbert Frankenhauser, Jochen-Konrad Fromme, Hans-Joachim Fuchtel, Susanne Jaffke, Bartholomäus Kalb, Bernhard Kaster, Norbert Königshofen, Dr. Michael Luther, Kurt J. Rossmanith, Georg Schirmbeck, Antje Tillmann, Klaus-Peter Willsch und der Fraktion der CDU/CSU

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 15/3660, 15/3844, 15/4323, 15/4324, 15/4325 –**

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2005 (Haushaltsgesetz 2005)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Haushalt 2005 bleibt auch nach den Beratungen im Haushaltsausschuss verfassungswidrig und muss deshalb abgelehnt werden. Mit einmaligen Einnahmen von rund 23 Mrd. Euro (17,2 Mrd. Euro aus Privatisierungseinnahmen und 5,5 Mrd. Euro aus Forderungsverkäufen der Postpensionskasse) wird die Nettokreditaufnahme mit 22 Mrd. Euro künstlich unter die verfassungsmäßig zulässige Höchstgrenze gedrückt.

Der Bundeshaushalt befindet sich strukturell in einer extremen Schieflage. Dies hat der Bundesrechnungshof in seinem jüngsten Jahresbericht bestätigt. Nettokreditaufnahme und Privatisierungserlöse als nicht wiederholbare Einmal-einnahmen liegen bei knapp 45 Mrd. Euro. Mit dem massiven Einsatz von Privatisierungseinnahmen erwecken Bundesregierung und Koalition nur den Anschein einer Konsolidierung. Tatsächlich wird der Zeitpunkt des haushalts-politischen Offenbarungseides weiter verschleppt. Ab 2006 wird der Bund keine nennenswerten Einnahmen aus Privatisierungserlösen mehr erzielen können. Dann wird das strukturelle Defizit im Bundeshaushalt von rund 40 Mrd. Euro offenbar werden.

In beispielloser Weise werden die letzten Vermögensreserven des Bundes verschербelt, um Milliardenlöcher im Haushalt zu stopfen. Durch diese Art der Desinvestition werden die finanzwirtschaftlichen Handlungsspielräume für die nachfolgenden Haushalte in unverantwortlicher Art und Weise eingeschränkt. Pensionslasten in einem Wert von rund 150 Mrd. Euro müssen zukünftig aus Steuermitteln bzw. Schulden bedient werden. Diese Zukunftslast wird durch das so genannte Postpensionsgeschäft des Bundesfinanzministers um rund

18 Mrd. Euro verschärft. Eine derartige Haushaltsfinanzierung ist nichts anderes als ein Schuldenkauf. Für die heute teuer „erwirtschafteten“ Einnahmen, 5,5 Mrd. Euro im Haushaltsjahr 2005, müssen zukünftig neue Schulden aufgenommen werden. Das ist keine nachhaltige Politik, sondern eine Politik zu Lasten zukünftiger Generationen.

Um die drohende Schuldenlawine einzudämmen, bedarf es einer wirksamen Begrenzung der Kreditaufnahme. Tatsache ist, dass, wie dies der Bundesrechnungshof in seinen aktuellen Bemerkungen ausführt, die Regelung des Artikels 115 des Grundgesetzes die Neuverschuldung in der Haushaltspraxis nicht wirklich begrenzt. Dies liegt an dem zu weit gefassten Investitionsbegriff, der fehlenden Berücksichtigung des Werteverzehrs der Investitionsgüter und der mangelnden Saldierung der Investitionsausgaben mit den Vermögensveräußerungen in einem Haushaltsjahr. Nur durch eine zukunftsorientierte, restriktive Neudefinition des Investitionsbegriffs, der auf die zukunftsbeginstigende Wirkung von Neuinvestitionen abstellt, kann eine tatsächliche Begrenzung der Kreditaufnahme erfolgen.

Wie bereits in den Vorjahren wird die Bundesregierung 2005 erneut die Hauptverantwortung für den mittlerweile vierten Verstoß in Folge gegen das Maastricht-Defizitkriterium tragen. Sowohl die Wirtschaftsforschungsinstitute als auch der Sachverständigenrat gehen in ihren jüngsten Gutachten davon aus, dass das Staatsdefizit im Jahr 2005 bei 3,5 Prozent liegen wird. Da die angestrebten Privatisierungserlöse nicht als defizitmindernde Einnahmen berücksichtigt werden, wird das deutsche Staatsdefizit 2005 nach den europäischen Stabilitätsregeln um ca. 0,7 Prozentpunkte höher ausfallen. Mit seiner für Dezember geplanten Defizitmeldung nach Brüssel von 2,9 Prozent versucht der Bundesfinanzminister, den absehbaren Bruch des Stabilitätspaktes erneut zu verschleiern. Der vierte Verstoß gegen den Europäischen Stabilitätspakt wird unausweichlich Sanktionen nach sich ziehen. Abgesehen davon, dass der finanzpolitische Ruf Deutschlands damit endgültig ruiniert sein wird, drohen milliardenschwere EU-Sanktionszahlungen den Bundeshaushalt zusätzlich zu belasten.

Neben dem verantwortungslosen Umfang und den Risiken bei den Privatisierungserlösen birgt der Haushalt weitere Risiken in Milliardenhöhe u. a. bei den Steuereinnahmen, beim Arbeitsmarkt, bei der Lkw-Maut, beim Bundesbankgewinn, bei der Globalen Minderausgabe, bei den Risiken aus den Einnahmen aus der Tabaksteuer und aufgrund einer möglichen Liquiditätshilfe für die Gesetzliche Rentenversicherung. Die Grundsätze von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit werden erneut missachtet.

Ein weiteres Indiz für die Schieflage des Bundeshaushalts sind die sinkenden Investitionsausgaben. Mit dem Haushalt 2005 sinken die Investitionen des Bundes mit knapp 9 Prozent auf einen historischen Tiefstand. Das bedeutet gegenüber dem Haushaltsjahr 2004 eine Reduzierung um rund 2 Mrd. Euro. Die Haushaltsstruktur verschlechtert sich weiter dramatisch. Die Auflösung der Globalen Minderausgabe von rund 2 Mrd. Euro im Haushaltsvollzug wird dazu führen, dass die Investitionsausgaben noch stärker abgesenkt werden. Damit wird die verfassungsrechtlich zulässige Verschuldungsgrenze im Jahresverlauf deutlich unter die geplante Nettokreditaufnahme fallen. Die investiven Ausgaben werden drastisch zurückgefahren, während gleichzeitig die konsumtiven Ausgaben stark ausgeweitet werden. Stellt man dieser Entwicklung die enorme Zunahme der Neuverschuldung gegenüber (allein über 40 Mrd. Euro in diesem Jahr) erschließt sich die gesamte Dramatik der Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung: In rasantem Tempo wird die Substanz unserer Volkswirtschaft aufgezehrt, gleichzeitig wird mit zunehmender Geschwindigkeit die Staatsverschuldung in die Höhe getrieben.

Die Koalition hat keine einzige nachhaltige Maßnahme ergriffen, um das strukturelle Defizit im Bundeshaushalt abzubauen. Weder beim unmittelbaren Staatsverbrauch noch bei den gesetzlichen Leistungen hat sie substantielle Kürzungen vorgenommen. Stattdessen versuchen Bundesregierung und Koalition mit unseriösen und unwirtschaftlichen Geschäften, wie dem Verkauf von Pensionsforderungen, den Platzhaltergeschäften mit der KfW, der Überführung des ERP-Vermögens an die KfW etc., die tatsächliche Haushaltslage weiter zu verschleiern.

CDU und CSU haben Kürzungen von insgesamt rund 9 Mrd. Euro vorgeschlagen, ohne sich die Planungen der Bundesregierung im Übrigen zu Eigen zu machen. Gleichzeitig haben sie Vorschläge zur Verstärkung der Investitionsausgaben, insbesondere in den Bereichen Verkehr und Bildung und Forschung, unterbreitet. Mit den Kürzungen bei den konsumtiven und der Erhöhung der investiven Ausgaben zeigt die Union, wie eine spürbare Strukturverbesserung des Haushalts zu erzielen und ein substantieller Einstieg in die Sanierung des Bundeshaushalts leistbar ist. Sie macht damit deutlich, dass auch in Zeiten dramatisch wegbrechender Steuereinnahmen eine gestaltende Haushaltspolitik möglich ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- keine Politik zu Lasten zukünftiger Generationen und stattdessen eine nachhaltige Politik zu betreiben,
- das Vermögen des Bundes nicht zur laufenden Haushaltsfinanzierung zu verschleudern,
- eine restriktive gesetzliche Neudefinition des Investitionsbegriffs zur Begrenzung der Kreditaufnahme auf den Weg zu bringen,
- die Haushaltsplanungen zukünftig auf eine realistische Grundlage zu stellen,
- die Vorschläge von CDU und CSU zu Einsparungen einerseits und zur Stärkung der Investitionen andererseits im Vollzug des Haushalts 2005 aufzugreifen sowie
- umgehend ein Haushaltssicherungsgesetz vorzulegen, mit dem die Ausgaben im Bundeshaushalt deutlich gesenkt werden können, um so die Verfassungskonformität des Bundeshaushalts nicht nur formal, sondern auch – vor allem mit Blick auf die Haushaltsjahre ab 2006 – materiell abzusichern.

Berlin, den 19. November 2004

Dietrich Austermann
Friedrich Merz
Steffen Kampeter
Ilse Aigner
Norbert Barthle
Jochen Borchert
Manfred Carstens (Emstek)
Albrecht Feibel
Herbert Frankenhauser
Jochen-Konrad Fromme

Hans-Joachim Fuchtel
Susanne Jaffke
Bartholomäus Kalb
Bernhard Kaster
Norbert Königshofen
Dr. Michael Luther
Kurt J. Rossmanith
Georg Schirmbeck
Antje Tillmann
Klaus-Peter Willsch
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

